Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
Ö1	
<p>Stellungnahme 16.03.2023</p> <p>Zur Veröffentlichung und Bekanntmachung der Planungsunterlagen Auf der Webseite des Amtes Meyenburg ist die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr.4 der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf veröffentlicht. Die begleitenden Unterlagen zum Vorentwurf sind allerdings aus der Online-Darstellung herausgenommen worden.</p> <p>Es stellt sich die Frage warum, denn für den Bürger ist ein Vergleich der Unterlagen des Vorentwurfs zu den jetzt veröffentlichten Unterlagen des Entwurfs nicht mehr möglich.</p> <p>Im Vorentwurf sind noch die Ausgleichsmaßnahmen mit der Bezeichnung M3 und M4 vorhanden. Weder in der Planzeichnung noch in der Begründung zum Bebauungsplan findet sich eine Begründung dafür, warum auf diese Maßnahmen verzichtet wurde.</p> <p>Zur Sorgfalt bei der Bearbeitung der Planungsunterlagen Die Planungsunterlage zum Bebauungsplan Nr.4 der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf werden unter dem Dateinamen „Gemeinde Wutike“ angezeigt. Die Frage, die deshalb aufkommt: wurde dieser so wichtige Entwurf mit der notwendigen Sorgfalt erarbeitet? Sind darin wirklich die Besonderheiten der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf berücksichtigt oder die der Gemeinde Wutike übernommen?</p>	<p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Die öffentliche Auslegung der Unterlagen folgt der gesetzlichen Regelung. Nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB sind die Entwürfe der Bauleitpläne mit der Begründung sowie den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen auszulegen. Nach § 4a Abs. 4 Satz 1 BauGB sind diese zusätzlich in das Internet einzustellen. Das ist vorliegend geschehen.</p> <p>Weitere Unterlagen, insbesondere die Vorentwürfe, sind nicht nochmals öffentlich auszulegen. Darüber hinaus wurden Ergänzungen gegenüber den Vorentwürfen in den ausgelegten Unterlagen blau dargestellt.</p> <p>Sowohl aus der Bekanntmachung vom 26.01.2023 über die Billigung des Entwurfes und Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB zum B-Plan Nr. 4 „Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf“ der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf“ als auch der Begründung zur 1. Änderung des Teil-FNP Rohlsdorf als auch der 2. Änderung des Teil-FNP Halenbeck und der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 4 ergibt sich, dass die Planfläche aufgrund regionalplanerischer Vorgaben angepasst wurde. Die Maßnahmen M1 und M2 reichen aus, um die Eingriffe auf der verkleinerten Planfläche zu kompensieren. Die Maßnahmen M3 und M4 sind daher nicht mehr erforderlich.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Auf der Website des Amtes Meyenburg wird die Benennung der Datei korrekt wiedergegeben: „BP Nr. 4 Entwurf Begründung Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf nach GV- Sitzung“ sowie „BP Nr. 4 Entwurf Planzeichnung Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf nach GV-Sitzung“. Der Dateiname ist mithin korrekt. Einzig die als pdf-Dokumenteigenschaften hinterlegten Metadaten enthalten den Titel „Gemeinde Wutike“, welcher künftig entfernt wird.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan Der Änderung der Teilflächennutzungspläne liegt kein gesamträumliches Konzept für die Flächennutzung der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf zugrunde. Sinn und Zweck einer Flächennutzungsplanung, der Darstellung der Planungsabsichten der Gemeinde und eine räumliche Steuerung der verschiedenen Raumansprüche untereinander, werden dadurch zunichte gemacht.</p> <p>Der Aufstellung der Teilflächennutzungspläne und des B-Planes ist keine Analyse der geeignetsten Standorte innerhalb der Gemeinde vorausgegangen, vielmehr vollziehen die Gemeindevertreter nur Wünsche der Landeigentümer und des Vorhabenträgers nach. Dies stellt einen Abwägungsausfall schon im jetzigen Verfahren dar.</p> <p>Zweifellos wären auch andere Standorte mit bestehender Vorbelastung für die Errichtung von Photovoltaikanlagen im Gemeindegebiet machbar und konfliktärmer. Als Beispiel sind hier die Flächen im bestehenden Windpark Halenbeck-Warnsdorf-Scholde oder die Flächen der illegalen Bauschuttdeponie am Ortsausgang von Rohlsdorf zu nennen.</p> <p>Meine diesbezüglichen Einwendungen im Vorentwurf werden mit falschen Argumenten zurückgewiesen. Ein Windeignungsgebiet erzeugt eine Ausschlusswirkung nach außen. In einem Windeignungsgebiet sind andere Nutzungen jedoch nicht ausgeschlossen, sofern sie nicht mit der zulässigen Nutzung durch die Windenergie kollidieren. Das ist im vorliegenden Fall nicht gegeben. Südlich der A24 werden Windenergieanlagen und Freiflächenfotovoltaik in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander betrieben und neu errichtet. Ebenfalls kann man diese dualen Nutzungen in der Lausitz besichtigen.</p> <p>Bei einer Planung hätte man also eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme in der Gemeinde von 212 ha, die das gesamte Gemeindegebiet einbezieht, vermeiden und die gewünschte Nutzung durch die Fotovoltaik an einem Standort planen können, der z.B. bereits durch die Nutzung der Windenergie vorbelastet ist. Das ist nicht nur ein Abwägungsfehler, sondern ein Ausfall der Abwägung.</p>	<p>Im Übrigen wurden die Planunterlagen unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf erarbeitet, insbesondere wurden die räumlichen Gegebenheiten sowohl zeichnerisch als auch textlich erfasst.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Die Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf verfügt über rechtswirksame Flächennutzungspläne für die Ortsteile Halenbeck und Rohlsdorf. Diese gelten zusammen als gesamträumliches Konzept und wurden der Änderung der Flächennutzungspläne zugrunde gelegt.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Im vorliegenden Umweltbericht sind gemäß § 2 Abs. 4 Satz 1 BauGB i. V. m. Anlage 1 Nr. 2 lit. d) anderweitige Planungsmöglichkeiten anzugeben. Daher findet sich im vorliegenden Umweltbericht, Stand September 2022, das Kapitel 2.6. zu anderweitigen Planungsalternativen. Hier wurden andere Planflächen in Betracht gezogen (und verworfen) und auch eine Abgrenzung zur sog. „Null-Variante“ vorgenommen.</p> <p>Die Ausführungen zur Wirkung von Eignungsgebieten gem. § 7 Abs. 3 Nr. 3 ROG sind dem Grunde nach korrekt. Eignungsgebiete sind danach Gebiete, in denen bestimmte raumbedeutsame Maßnahmen oder Nutzungen, die städtebaulich nach § 35 des Baugesetzbuchs zu beurteilen sind, andere raumbedeutsame Belange nicht entgegenstehen, wobei diese Maßnahmen oder Nutzungen an anderer Stelle im Planungsraum ausgeschlossen sind. Grundsätzlich ist ein Nebeneinander von Freiflächenphotovoltaikanlagen und Windenergieanlagen demnach möglich. Allerdings ist der Planung von Windenergievorhaben in diesem Gebiet der Vorrang einzuräumen. Insbesondere sind Faktoren wie Sicherheitsabstände, etwaiger Eisabwurf, die Verschattung der Solarmodule und weitere, auch naturschutzrechtliche Belange, in die Planung einzustellen. Ob also tatsächlich ein Nebeneinander möglich ist, unterliegt stets einer Betrachtung im Einzelfall und lässt sich daher nicht pauschal auf weitere Vorhaben übertragen.</p>
---	---

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Die Gemeindevertretung folgt bei der Größe des beabsichtigten Solarparks ausschließlich privaten Interessen, ohne die überplante Fläche in ein Verhältnis zur Größe des Gemeindegebietes zu setzen und ohne die bereits vorhandene Vorbelastung des Gemeindegebietes bei der Energieerzeugung durch den bestehenden Windpark mit in die Planungsabsichten einzubeziehen.</p> <p>Mein Hinweis auf die Nutzung der Bauschuttdeponie Rohlsdorf wird zurückgewiesen mit der Bemerkung, diese Fläche wäre im Regionalplan als Fläche für die Rohstoffsicherung festgesetzt. Das ist zwar richtig, aber es wurde versäumt, in der Abwägung die Regionalplanung darauf hinzuweisen, dass diese Fläche illegal mit meterhohen Baustoffablagerungen überdeckt ist und der Rohstoffsicherung für den Sand -und Kiestagebau überhaupt nicht mehr zur Verfügung steht.</p> <p>Ein Blick auf vergleichbare Solarparkprojekte in der Bundesrepublik offenbart hier die Gigantomanie der Planungsabsicht, die ohne Betrachtung von Alternativstandorten erfolgt.</p> <p>Zum B-Plan Nr.4:</p> <p>Festsetzung von Zäunen Nachdem seit 2020 der Öffentlichkeit hinsichtlich der Errichtung von Zäunen versprochen wurde, dass es keine Zäune, sondern eine Heckenbepflanzung geben wird, werden nunmehr doch Zäune festgelegt, mit Übersteigungsschutz und 2,50m Gesamthöhe. Damit werden die Einwohner von der Benutzung der freien Landschaft ausgesperrt. Naherholung ist künftig noch zwischen hohen Zaunreihen möglich. Das Schutzgut Mensch wurde nicht berücksichtigt, wie im Umweltbericht vorgegeben. Dieser Verlust an Naherholungsflächen bleibt zudem unkompensiert.</p>	<p>Die Bauschuttdeponie ist für die Planung ebenfalls nicht zugänglich, da es sich um Flächen für die Rohstoffsicherung handelt. Die Fläche ist als Vorranggebiet 13 „Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ dargestellt. Nach § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG sind Vorranggebiete Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Da es um die Sicherung oberflächennaher Rohstoffe geht, sind die Errichtung und der Betrieb einer Freiflächen-Photovoltaikanlage nicht damit vereinbar. Inwiefern die Fläche vor einem etwaigen Abbau der Rohstoffe stehen, spielt bei der „Sicherung“ der Flächen vorerst keine Rolle.</p> <p>Sofern auf die Vorbelastung von Flächen abgestellt wird, wird darauf verwiesen, dass auch eine intensive landwirtschaftliche Nutzung von Ackerflächen eine Vorbelastung darstellt.</p> <p>Da schließlich keine rechtsverbindlichen Vorgaben hinsichtlich des Verhältnisses von Größe der Planungsfläche zu Größe des Gemeindegebietes bestehen, bleibt dieser Einwand unberücksichtigt.</p> <p>Der Einwand wird zurückgewiesen. Bei dem geplanten Vorhaben soll modellhaft eine dichte Heckenpflanzung anstelle einer umlaufenden konventionellen Zaunanlage erprobt werden.</p> <p>Die zusätzliche Möglichkeit, einen Zaun zu errichten, soll die Sicherung der technischen Anlage unabhängig von der Entwicklung der geplanten Heckenpflanzung gewährleisten.</p> <p>Nach dem Wunsch der Gemeinde wird die Höhe des Zaunes nicht festgesetzt, da es sich in Abstimmung mit dem Vorhabenträger bei dem geplanten</p>
---	--

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Biotopverbund und Wanderungskorridore Das Plangebiet liegt innerhalb von Wanderungskorridore für den Rothirsch. Bestehende Wanderungskorridore müssen erhalten bleiben und dürfen nicht mit Zäunen zerschnitten werden.</p> <p>Die Wanderungskorridore jagdbarer Schalenwildarten bleiben unberücksichtigt. Darüber hinaus werden diese Tierarten die eingezäunten Wegschneisen zwischen den Teilfläche aufgrund ihres Fluchtverhaltens nicht nutzen. Dieser Lebensraumverlust bleibt ebenfalls uncompensiert.</p>	<p>Zaun nicht um einen Sicherheitszaun mit Übersteigschutz handelt.</p> <p>Um den Belangen von Natur und Landschaft (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB) und den zu erwartenden Auswirkungen gerecht zu werden, sind vorliegend Kompensationsmaßnahmen erforderlich. Die Kompensationsmaßnahmen M1 und M2 sind hierfür ausreichend. Die Errichtung einer umlaufenden Hecke im Rahmen der Maßnahme M1 dient unter anderem dem Sichtschutz zum Ausgleich der Beeinträchtigungen im Landschaftsbild, die Maßnahme M2 vor allem dem Ausgleich der Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden.</p> <p>Das Schutzgut „Mensch“ wurde im Umweltbericht unter Abschnitt 2.2.1 aufgenommen und nachvollziehbar bewertet. Die Intensivackerflächen haben im Geltungsbereich bisher keine Naherholungsfunktion übernommen. Alle anderen Flächen im Geltungsbereich sind nicht für eine Bebauung mit Solarmodulen vorgesehen und bleiben in ihrem derzeitigen Bestand erhalten, womit sie auch weiterhin ihre bisherige Naherholungsfunktion behalten.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Bei dem geplanten Vorhaben soll modellhaft eine Heckenpflanzung anstelle einer umlaufenden konventionellen Zaunanlage erprobt werden. Unter anderem soll mit dem Versuch auch auf eine verbesserte Durchgängigkeit für Klein- und Großsäuger abgezielt werden.</p> <p>Die zusätzliche Möglichkeit, einen Zaun zu errichten, soll die Sicherung der technischen Anlage unabhängig von der Entwicklung der geplanten Heckenpflanzung gewährleisten.</p> <p>Zudem dient die Verkleinerung der Planfläche dazu, den regionalplanerisch festgelegten Freiraumverbund bzw. das Vorranggebiet Freiraum von Bebauung freizuhalten, um weiterhin eine Verbindung der Landschaftsräume zu erhalten und (Neu)Zerschneidungen vorzubeugen. Dieser Freiraum kann auch von Waldhirschen und Schalenwildarten genutzt werden.</p> <p>Aus der Broschüre des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz „Biotopverbund Brandenburg Teil Wildtierkorridore</p>
--	--

Anlage 1: Abwägung Stand: 04.09.2023, 1.2 Abwägung Öffentlichkeit

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Eingriffsregelung</p> <p>Schutzgut Mensch Beim Schutzgut Mensch fehlen Auswirkungen der Blendwirkung auf Benutzer der Straße Halenbeck-Rohlsdorf, die nach Südwesten ausgerichtet ist. Ein Blendgutachten steht weiterhin nicht zur Verfügung, obwohl es in der Abwägung zum Vorentwurf angekündigt wurde. Sofern es nicht Teil der Auslegungsunterlagen ist, bleiben die ausgelegten Berichte unvollständig, was den Entwurf nicht zur Beschlussfassung berechtigt.</p> <p>Schutzgut Boden Die durchschnittliche Ertragszahl der Böden im B-Plangebiet liegt bei 34, angebaut werden Raps, Mais und Wintergetreide. Die Begründung im Umweltbericht für die Nutzung solch hochwertiger Böden, die Gemeinde Rohlsdorf würde im Verzeichnis der Gebiete gemäß EU-Verordnung 75/268 liegen, gilt hier nicht. Über 90% der Böden in Brandenburg fallen unter diese Regelung, und zwar nicht allein wegen der Ertragszahlen, sondern insbesondere wegen der Bedeutung der Landwirtschaft für strukturarme Räume und einer entsprechenden Einkommenssicherung für die landwirtschaftlichen Betriebe. Die Begründung kann nicht dazu dienen, eine vermeintliche Minderwertigkeit der Böden zu konstruieren.</p> <p>Die Festsetzung von Solaranlagen auf höherwertigen Böden widerspricht auch den Empfehlungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz vom 19.3.2021.</p> <p>Auch die Stadt Meyenburg, im selben Amt gelegen, bewertet die Errichtung von Solaranlagen auf Böden mit Ertragszahlen über 26 Ertragspunkten als ungeeignet.</p> <p>Ebenso schließt das EEG eine Förderung von Solaranlagen auf höherwertigen Böden. Die Bodenpunktzahl im Vorhabengebiet ist nicht abgewogen worden, sondern einfach die Bodenpunkte der durchschnittlichen Bodenpunktzahl vom Land Brandenburg - das ein großes Bundesland ist - genommen. Das ist ebenfalls ein Abwägungsausfall.</p>	<p>(2010)* Karte 1 – Grosssäugerkorridore kann zudem entnommen werden, dass Wanderungskorridore für den Rothirsch nicht von der Planung betroffen sind.</p> <p>Ein Blendgutachten wurde bisher nicht erstellt. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung ist ein Blendgutachten noch nicht erforderlich, wird aber im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durch einen Gutachter erstellt und vom Vorhabenträger vorgelegt werden.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Im Umweltbericht ist bzgl. des Schutzguts Boden auch die Ertragsfähigkeit der vorkommenden Böden in nachvollziehbarer Weise ermittelt worden. Aus der Vorhabenumsetzung ergeben sich demnach keine Beeinträchtigungen. Es ist zudem positiv hervorzuheben, dass das Vorhaben der Einkommenssicherung der ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebe dient und einen Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien leistet, der im überragenden öffentlichen Interesse liegt (vgl. § 2 EEG).</p> <p>Die aufgeführten Empfehlungen des MLUK sowie der Planungshilfe der Stadt Meyenburg stellen unverbindliche Hinweise dar, die aufgrund der Planungshoheit der Gemeinden keine zwingende Beachtung finden müssen.</p> <p>Die Förderfähigkeit nach dem EEG stellt ebenfalls kein maßgebendes Kriterium für die Zulässigkeit von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen dar.</p> <p>Da die im Rahmen der Landwirtschaft regelmäßig stattfindenden Bodenbearbeitungsprozesse bei der Errichtung und Nutzung der Freiflächen-Photovoltaikanlage entfallen, wirkt sich das Vorhaben positiv auf die Bodenqualität der Planfläche aus.</p>
--	---

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Schutzgebiet Landschaftsbild Der Umweltbericht behandelt das Schutzgut Landschaftsbild lapidar. Es erfolgte keine Analyse der Auswirkungen einer Umwandlung von 212 ha Agrarlandschaft in eine Fläche, die von Solarmodulen überstellt wird. Es fehlt an einer Visualisierung, die das gesamte Ausmaß einer Überbauung für Gemeindevertreter und Öffentlichkeit nachvollziehbar machen würde. Dies führt zu einem Informationsdefizit und in Folge auch zum Abwägungsausfall. In der Abwägung zum Vorentwurf weisen sie daraufhin, dass der Umweltbericht durch eine Visualisierung und entsprechende Betrachtungen ergänzt würde. Die Unterlagen sind nicht vorhanden, ergo bleibt es bei einem Abwägungsausfall.</p> <p>Schutzgut Pflanzen und Tiere Es wird nicht dargelegt, welche der festgestellten Vogelarten nach dem vorgesehenen Eingriff die Fläche noch nutzen werden und welche sie meiden werde. Vergleichbare Studien wurden nicht herangezogen. Der Rotmilan als Brutvogel kommt in der Aufstellung nicht vor. Offenbar haben die Gutachter vorhandene Horststandorte nicht gefunden bzw. übersehen. Damit liegt ein Fehler bei der Bestandserhebung vor, der zum Abwägungsausfall führt. Der Rotmilan benötigt als Nahrungsflächen weithin überschaubare Flächen, auf denen er selbst vor Fressfeinden geschützt ist. Die Flächen zwischen Solarmodulen sind für den Rotmilan ungeeignet.</p> <p>Mein Hinweis, den Rotmilan zu berücksichtigen, wurde nicht beachtet.</p>	<p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Die nachvollziehbare und umfassende, d. h. ausreichende Bewertung zum Schutzgut Landschaft findet sich im Abschnitt 2.2.6 des Umweltberichtes. Zwingende gesetzliche Vorgaben, wonach die Planunterlagen eine Visualisierung des Projektes enthalten müssen, gibt es nicht. Aus den Planunterlagen, bspw. den Planzeichnungen der Bauleitpläne sowie den textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 4, ergeben sich bereits insbesondere das Maß der zulässigen Bebauung sowie weitere Vorgaben. Hieraus lässt sich das Ausmaß der Bebauung ableiten.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Der Umweltbericht enthält folgenden Absatz unter Abschnitt 2.2.2.3: „Gem. Stellungnahme des Fachgutachterbüros für den Artenschutzfachbeitrag (AFB) wurde auf schriftliche Nachfrage bei Herrn Ryslavy (Staatliche Vogelschutzstelle Brandenburg) am 22.04.2022 geantwortet, dass es für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 4 „Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf“ keine gem. Tierökologischer Abstandskriterien (TAK) relevanten Vorkommen von Rastvogelarten gibt.“</p> <p>Der Rotmilan ist in den TAK als zu beachtende Vogelart aufgeführt, wurde aber im Plangebiet nicht gesichtet. Die insgesamt neun Kartierungen erfolgten dabei zwischen dem 15.02.2020 und dem 13.07.2020 zu unterschiedlichen Tageszeiten. Da der Rotmilan ganzjährig anzutreffen ist, ist der Erfassungsvorgang ausreichend.</p> <p>Bzgl. der festgestellten Vogelarten ist im Umweltbericht unter den Abschnitten 2.2.2.2 und 2.2.2.3 die Prognose nachvollziehbar und ausführlich dargestellt. Eine Differenzierung nach den einzelnen Vogelarten hatte nicht zu erfolgen.</p> <p>Zusätzlich zum geplanten Brutvogelmonitoring für Offenlandbrüter beabsichtigt der Vorhabenträger, freiwillig ein Monitoring von Brutvögeln im Allgemeinen sowie weiterer Artengruppen in den sonstigen Sondergebieten SO-PV durchzuführen, um Erkenntnisse über die Populationsentwicklung der vor kommenden Arten zu gewinnen.</p>
---	--

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Ausgleichsmaßnahmen Der Umweltbericht stellt die Anlage von Feldhecken und den Verbleib von Randflächen als ausreichende Ausgleichsmaßnahme dar. Die im Vorentwurf des Bebauungsplans beschriebenen Maßnahmen M3 und M4 tauchen im Entwurf des Bebauungsplans nicht mehr auf. Sie fehlen, und der Wegfall muss begründet werden.</p> <p>Die Annahme mit einer Heckenpflanzung sei der Eingriff in das Landschaftsbild kompensiert, ist falsch. Geht man mit einer positiven Einschätzung davon aus, dass die Heckenpflanzung nach 10 Jahren ihre tatsächliche Wirkung einer Kompensation für das Landschaftsbild erfüllt, verbleibt ein zeitliches Leck von 10 Jahren, in denen die Kompensation nicht erfüllt wird. Der Eingriff in das Landschaftsbild muss zum Zeitpunkt der Errichtung der Solaranlagen ausgeglichen und wiederhergestellt sein.</p> <p>Die Wiederherstellung des Eingriffs in das Landschaftsbild erst in 10 Jahre realisieren zu wollen, ist unverhältnismäßig und führt zur Unzulässigkeit des Eingriffs. Der Eingriff ist damit nicht ausgeglichen oder in sonstiger Weise kompensiert (Paragraf 12 Abs.3 BbgNatSchG)</p> <p>Zusätzliche Kompensationsmaßnahmen sind demnach zwingend erforderlich.</p> <p>Bei der Pflege der Flächen zwischen den Modulen, immerhin als Ausgleichsmaßnahme M2 bezeichnet, legt der Entwurf einen weiteren Fehler offen. Die extensive Mahd der Grünlandflächen hat für den Insektenschutz nur dann einen Effekt, wenn die Flächen nicht mit einem Kreiselmäher gemäht werden, sondern mit einem Messerbalken. Mit der jetzigen Festsetzung, dass die „Mahd vorzugsweise mit Messerbalken“ durchzuführen sei und „konventionelle Mähwerke nicht ausgeschlossen werden“, wird eine Ausnahme zugelassen, die die gesamte Ausgleichsmaßnahme fachlich ad absurdum führt.</p>	<p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Sowohl aus der Bekanntmachung vom 26.01.2023 über die Billigung des Entwurfes und Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB zum B-Plan Nr. 4 „Solarkraftwerk Halenbeck-Rohlsdorf“ der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf“ als auch den Begründungen zur 1. Änderung des Teil-FNP Rohlsdorf als auch der 2. Änderung des Teil-FNP Halenbeck und der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 4 ergibt sich, dass die Planfläche aufgrund regionalplanerischer Vorgaben angepasst wurde. Die Maßnahmen M1 und M2 reichen aus, um die Eingriffe auf der verkleinerten Planfläche zu kompensieren. Die Maßnahmen M3 und M4 sind daher nicht mehr erforderlich.</p> <p>Die Annahme, dass der Eingriff in das Landschaftsbild zum Zeitpunkt der Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage ausgeglichen sein muss, ist nicht korrekt. Die Beeinträchtigung ist vielmehr innerhalb einer angemessenen Zeitspanne auszugleichen. Maßgebend ist letztlich der Eintritt des Kompensationserfolges.</p> <p>Bei einer voraussichtlichen Wachstumszeit von ca. 10 Jahren ist noch davon auszugehen, dass es sich um eine absehbare und überschaubare Übergangsphase handelt. Insbesondere mit zunehmender Entfernung erscheint die Anlage zudem immer mehr als homogene Fläche.</p> <p>Die Kompensationsmaßnahmen richten sich nach den Vorgaben der §§ 1 Abs. 7 und 1a Abs. 3 BauGB. Das BbgNatSchG ist außerdem bereits 2013 außer Kraft getreten.</p> <p>Die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung im Umweltbericht ist nachvollziehbar. Weitere Kompensationsmaßnahmen sind nicht erforderlich.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Die Maßnahme M2 ist in der vorgesehenen Form ausreichend. Aufgrund baulicher Besonderheiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Einsatz von Messerbalken nicht möglich ist. Diesem Umstand wurde Rechnung getragen. Die textliche Festsetzung zur Maßnahme M2 im Bebauungsplan Nr. 4 stellt sicher, dass die Vorgaben umgesetzt werden.</p>
---	---

Anlage 1: Abwägung Stand: 04.09.2023, 1.2 Abwägung Öffentlichkeit

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Städtebaulicher Vertrag mit dem Vorhabensträger nach Paragraph 11 BauGB:</p> <p>Der städtebauliche Vertrag ist nicht mit in die Unterlagen zum B-Plan aufgenommen worden. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass der städtebauliche Vertrag der Gemeinde mit dem Vorhabensträger ebenfalls öffentlich ausgelegt werden muss.</p> <p>Vergleiche hierzu das Urteil des OVG Berlin-Brandenburg Az: 2 A8.11 vom 22.9.2015</p> <p>und die Stellungnahme der dem Amt gut bekannten Kanzlei Dombert und Partner vom 6.1.2016 hierzu.</p> <p>Finanzieller Ausgleich für die Kommune Mit der Einführung von Paragraph 6 in das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 sollen Anlagenbetreiber den Gemeinden, die von der Errichtung ihrer Anlage betroffen sind, Beträge durch einseitige Zuwendungen ohne Gegenleistung anbieten. Diese Möglichkeit sollte von der Gemeinde in Verhandlungen mit dem Vorhabensträger genutzt werden, um Auswirkungen der Planung auf die Bürger im Gemeindegebiet zu kompensieren. Entsprechende schriftliche Absichtsbekundungen sind uns bis heute nicht bekannt.</p> <p>Versprechungen des Vorhabensträgers gegenüber der Öffentlichkeit in seinen Briefwurfsendungen während öffentlicher Sitzungen. Die erwähnten Versprechen (günstiger Stromtarif, verbessertes Internet, Sitz der Firma in der Gemeinde sowie die Übernahme der Planungskosten, Übernahme sämtlicher Kosten für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Kosten der Erschließung sind im städtebaulichen Vertrag festzuschreiben.</p>	<p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Ein städtebaulicher Vertrag liegt derzeit nicht – auch nicht in Entwurfsform – vor.</p> <p>Ausweislich des zitierten Urteils ist ein städtebaulicher Vertrag dann öffentlich auszulegen, wenn er den Bebauungsplan ergänzt bzw. konkretisiert. Das wäre hier aber, selbst wenn bereits ein städtebaulicher Vertrag geschlossen worden wäre, nicht der Fall. In dem hier abzuschließenden städtebaulichen Vertrag soll es vorrangig um die Übernahme der Kosten gehen, die im Zusammenhang mit der Durchführung des Planungsverfahrens entstehen.</p> <p>Gesetzliche Vorgaben, wonach ein solcher städtebaulicher Vertrag zwingend öffentlich auszulegen ist, finden sich im BauGB nicht (vgl. §§ 3 Abs. 2, 11 BauGB).</p> <p>Nach mittlerweile vorherrschender Meinung in Literatur (vgl. etwa Korbmacher, in: Brügelmann: BauGB, § 3, Rn. 45) und Rechtsprechung (BVerwG, Urteil vom 19. April 2012 - 4 CN 3.11, juris, Rn 10) ist eine öffentliche Auslegung eines städtebaulichen Vertrages, der lediglich die Kostenübernahme regelt, auch nicht erforderlich.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Das „sollen“ in § 6 Abs. 1 S. 1 EEG ist nicht als verbindliche Vorgabe zu verstehen. Vielmehr ist es den Vorhabenträgern freigestellt, ob sie der betreffenden Gemeinde ein entsprechendes Angebot unterbreiten. Damit liegt die Entscheidung, ob eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde erfolgt, in erster Linie bei dem Vorhabenträger.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages ist nicht zwingender Bestandteil der Bauleitplanung.</p>
--	--

Anlage 1: Abwägung Stand: 04.09.2023, 1.2 Abwägung Öffentlichkeit

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Ein Verzicht darauf würde als einseitige Regelung zu Lasten der Gemeinde zu werten sein. Bis heute wartet die Öffentlichkeit darauf zu erfahren, wie die Versprechen des Vorhabenträgers rechtlich abgesichert werden sollen.</p>	<p>Im Städtebaulichen Vertrag werden die Kostenübernahmen für die Planung, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie für die Erschließung geregelt. Darüber hinaus gehende Regelungen wie Regelungen zur Gewährung günstiger Stromtarife verstoßen gegen das Kopplungsverbot. Einzig die Regelungen nach §6EEG dürfen nach dem Satzungsbeschluss des BP geschlossen werden.</p>
<p>Ö2</p>	
<p>Stellungnahme 16.03.2023</p> <p>Folgende Einwendungen bringe ich hiermit zur Abwägung (Texte/Zitate aus dem Vorentwurf sind in Anführungszeichen und kursiv geschrieben):</p> <p>1. Dem Entwurf des Bebauungsplanes fehlen folgende Berücksichtigungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unter 2.2. Schutzgutbezogene Bestandsaufnahme fehlt das „Schutzgut Mensch“ gänzlich. Eine Bewertung - insbesondere der Aufwärmung der Atmosphäre im Umfeld von Wohngebieten - muss nachgereicht werden. 	<p>Dem Einwand wird nicht gefolgt.</p> <p>Im Entwurf des Umweltberichts findet sich unter dem Gliederungspunkt 2.2 „Schutzgutbezogene Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustandes“ der Abschnitt 2.2.1 „Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit“. Der Entwurf des Umweltberichts beschäftigt sich dabei ausführlich mit den Auswirkungen. Dabei musste nicht ausdrücklich auf die Aufwärmung der Atmosphäre im Umfeld von Wohngebieten eingegangen werden.</p> <p>Aus den Regelungen zur Umweltprüfung und zum Umweltbericht in § 2 Abs. 4, 2 Abs. 1 Nr. 2 BauGB sowie der Anlage 1 zum BauGB ergibt sich, dass die Umweltprüfung stets vorhabenspezifisch zu erfolgen hat. Allgemein gültige Erwägungen, wie die generell zu beobachtende Erwärmung der Atmosphäre im Umfeld von Wohngebieten, sind dabei – soweit sie das Vorhaben nicht tangieren – nicht zu betrachten (vgl. auch Art. 5 Abs. 1 Satz 1 der Richtlinie 2001/42/EG).</p> <p>In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei dem Vorhaben selbst um keine Wohnbebauung handelt und die nächstgelegene Wohnbebauung mehr als 360 m entfernt ist, war eine solche Betrachtung hier nicht erforderlich.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>- in der Planzeichnung fehlen die Trassen für die Ableitung des Stroms, wodurch nicht ersichtlich wird, welche Bauarbeiten im betreffenden Gebiet getätigt werden müssen.</p> <p>2. Die Abwägung zum Waldgesetz des Landes Brandenburg vom 20.04.2004 sowie dem Brandenburgischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz Paragraph 22 „Betreten der freien Landschaft“ ist unrichtig. Um die Waldflächen innerhalb des gewerblichen Betriebs des Solarkraftwerks in eine gewerbliche Waldfläche umzuwandeln, bedarf es eigens einer Genehmigung der Unteren Forstbehörde. Dass solche eine Genehmigung vorliegt, ist den Unterlagen nicht zu entnehmen.</p>	<p>Im Übrigen befasst sich der Umweltbericht im Abschnitt 2.2.8 „Schutzgut Klima und Luft“ mit der Erhitzung der Oberflächen der Module und kommt zu dem Ergebnis, dass keine erheblichen negativen Beeinträchtigungen auf das (Makro)Klima zu erwarten sind.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Es ist zwar korrekt, dass derzeit die Ableitung des produzierten Stroms nicht abgebildet ist. Dies ist jedoch auch nicht erforderlich.</p> <p>Bei den in § 9 Abs. 1 BauGB genannten Festsetzungsmöglichkeiten in einem Bebauungsplan handelt es sich lediglich um eine beispielhafte Aufzählung.</p> <p>Den Grad der Konkretisierung und Differenzierung der Festsetzungen des Bebauungsplanes entscheidet die Gemeinde grundsätzlich im Rahmen des ihr zustehenden Planungsermessens unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, der Planungsziele und sonstigen Rahmenbedingungen nach Maßgabe der Anforderungen in § 1 BauGB.</p> <p>Fragen der Erschließung sind zudem erst im Rahmen des Genehmigungsverfahrens relevant (vgl. § 64 BbgBO, § 30 Abs. 1 BauGB). Dabei umfasst der Begriff der Erschließung auch nur den Anschluss des Bauvorhabens an das öffentliche Straßennetz sowie die öffentlichen Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen, d. h. zumindest Wasserversorgung und Kanalisation. Ein gesicherter Anschluss an die öffentliche Stromversorgung ist regelmäßig nicht erforderlich und meint auch nur den Zugang zum öffentlichen Stromnetz, d. h. die Versorgung des Grundstücks mit Strom, nicht aber die Ableitung des produzierten Stroms.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Waldflächen gemäß § 2 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr.06], S. 137) in der jeweils geltenden Fassung sind nicht betroffen. Außerdem sind im Bebauungsplan Flächen für Wald festgesetzt. Diese Flächen sind zusätzlich von einer Baugrenze umgeben und sind daher von Bebauung freizuhalten.</p>
---	---

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Darüber hinaus besagt Paragraph 1 des Waldgesetzes Brandenburg:</p> <ol style="list-style-type: none">den Wald wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Tier- und Pflanzenwelt, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die natürlichen Bodenfunktionen, als Lebens- und Bildungsraum, das Landschaftsbild und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) sowie wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern, <p>Weiterführend in Paragraph 6:</p> <p>"Träger öffentlicher Vorhaben oder deren Beauftragte haben bei Planungen und Maßnahmen, die eine Inanspruchnahme von Waldflächen vorsehen oder in ihren Auswirkungen Waldflächen betreffen können,</p> <ol style="list-style-type: none">Bedeutung des Waldes im Sinne dieses Gesetzes und anderer landesgesetzlicher Bestimmungen angemessen zu berücksichtigen; sie sollen Wald nur in Anspruch nehmen, soweit dies mit den in § 1 normierten Zwecken vereinbar ist"....	<p>Die Untere Frostbehörde wurde beteiligt und hat insoweit keine Einwände gegen das Vorhaben erhoben.</p> <p>Nach § 22 Abs. 1 BbgNatSchAG darf in der freien Landschaft jede Person private Wege und Pfade, Feldraine, Heide-, Öd- und Brachflächen sowie landwirtschaftliche Nutzflächen außerhalb der Nutzzeit zum Zwecke der Erholung auf eigene Gefahr betreten oder mit Krankenfahrstühlen befahren, auf Wegen Rad fahren und Fahrräder mit Trethilfe und einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 25 km/h benutzen sowie auf Wegen, die von zwei- oder mehrspurigen Fahrzeugen befahren werden können, reiten oder mit bespannten Fahrzeugen fahren.</p> <p>Die freie Landschaft erfasst dabei auch Flächen, für die sogar bereits ein Bebauungsplan besteht, allerdings nur solange, bis die entsprechenden Grundstücke tatsächlich bebaut werden (<i>Gellermann</i>, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, § 59 BNatSchG, Rn. 5). Zudem sind nach § 22 Abs. 1 Satz 5 BbgNatSchAG Flächen, die einem gewerblichen Betrieb dienen, von dem Betretungsrecht ausgenommen. Eine Freiflächen-Photovoltaikanlage stellt einen gewerblichen Betrieb dar.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt.</p> <p>Die §§ 1 Nr. 1 und § 6 Nr. 1 LWaldG meinen Waldflächen i. S. d. § 2 Abs. 1 LWaldG. Solche Waldflächen sind von dem Planvorhaben nicht betroffen. Eine entsprechende Berücksichtigung dieser Vorschriften entfällt daher.</p>
---	---

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Sollte eine Umwandlung der Waldstücke, die durch den projektierten Solarpark nicht mehr begehbar und nutzbar sind für die Öffentlichkeit, genehmigt werden, müssen laut Paragraph 8 „Umwandlung von Wald in andere Nutzungsarten“ für die nachteiligen Auswirkungen einer Umwandlung Ausgleichsmaßnahmen für die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes geschaffen werden.</p> <p>Im Abwägungsdokument weist die Oberförsterei Bad Wilsnack darauf hin, dass die Zuwegung zu den Waldflächen gewährleistet werden muss. Der Entwurf der Planzeichnung und der Entwurf des B-Plans weisen diese Zuwegungen zum Teil nicht auf.</p> <p>3. Zur Abwägung der Argumente der unteren Denkmalschutzbehörde: in der Planzeichnung sowie im B-Plan-Entwurf fehlen die Zugänge und die Begehbarkeit für die gefundenen und dokumentierten Bodendenkmale.</p>	<p>Da Waldflächen i. S. d. § 2 Abs. 1 LWaldG von dem Planvorhaben nicht betroffen sind, erfolgt keine Umwandlung von Waldflächen nach § 8 LWaldG.</p> <p>Es ist zwar korrekt, dass derzeit die Zuwegungen zu den Waldflächen nicht abgebildet sind. Dies ist jedoch auch nicht erforderlich. Bei den in § 9 Abs. 1 BauGB genannten Festsetzungsmöglichkeiten in einem Bebauungsplan handelt es sich lediglich um eine beispielhafte Aufzählung.</p> <p>Den Grad der Konkretisierung und Differenzierung der Festsetzungen des Bebauungsplanes entscheidet die Gemeinde grundsätzlich im Rahmen des ihr zustehenden Planungsermessens unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, der Planungsziele und sonstigen Rahmenbedingungen nach Maßgabe der Anforderungen in § 1 BauGB.</p> <p>Im Übrigen handelt es sich lediglich um eine Stellungnahme eines Trägers öffentlicher Belange, die von der plangebenden Gemeinde im Rahmen ihres Planungsermessens zwar zu berücksichtigen ist, aber nicht zwingend befolgt werden muss.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Es ist zwar korrekt, dass derzeit die Zuwegungen zu den Denkmälern nicht abgebildet sind. Dies ist jedoch auch nicht erforderlich.</p> <p>Bei den in § 9 Abs. 1 BauGB genannten Festsetzungsmöglichkeiten in einem Bebauungsplan handelt es sich lediglich um eine beispielhafte Aufzählung.</p> <p>Den Grad der Konkretisierung und Differenzierung der Festsetzungen des Bebauungsplanes entscheidet die Gemeinde grundsätzlich im Rahmen des ihr zustehenden Planungsermessens unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, der Planungsziele und sonstigen Rahmenbedingungen nach Maßgabe der Anforderungen in § 1 BauGB.</p> <p>Im Übrigen handelt es sich lediglich um eine Stellungnahme eines Trägers</p>
--	--

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>4. Bei einer Inanspruchnahme von 212 ha des Wohnumfelds der Einwohner sind die erwähnten Kompensationsmaßnahmen M1 und M2 nicht ausreichend. M1 berücksichtigt zwar die Sichtbarkeit der Solarmodule, aber das erst nach 10 Jahren. Darüber hinaus verändern sie erheblich das Landschaftsbild, was die Fernwirkung betrifft. M2 befindet sich innerhalb des Betriebsgeländes. Ausgleichsmaßnahmen, die auf das beeinträchtigte Lebensumfeld der Einwohner zielen, fehlen gänzlich und sind nachzureichen.</p>	<p>öffentlicher Belange, die von der plangebenden Gemeinde im Rahmen ihres Planungsermessens zwar zu berücksichtigen ist, aber nicht zwingend befolgt werden muss.</p> <p>Die Gewährleistung einer öffentlichen Zugänglichkeit ist zudem nicht Bestandteil des BbgDSchG. Die Erreichbarkeit, Zugänglichkeit sowie das Betretungs- und Untersuchungsrecht der Bodendenkmale ist ausschließlich für das Personal der zuständigen Denkmalbehörden nach Maßgabe von § 14 BbgDSchG nach Abzäunung zu gewährleisten. Hierzu werden mit den Denkmalbehörden gesonderte Vereinbarungen getroffen.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt.</p> <p>In der Abwägung bei der Aufstellung von Bauleitplänen wird über die Eingriffsregelung entschieden. Ein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen Eingriff und Ausgleich ist nicht erforderlich, soweit dieses mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und den Zielen der Raumordnung sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege vereinbar ist, § 200a S. 2 BauGB.</p> <p>Um den Belangen von Natur und Landschaft (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB) und den zu erwartenden Auswirkungen gerecht zu werden, sind vorliegend Kompensationsmaßnahmen erforderlich. Die Kompensationsmaßnahmen M1 und M2 sind hierfür ausreichend.</p> <p>Maßnahme M1 trägt dem Umstand Rechnung, dass die Photovoltaik-Anlage als technische Anlage als ein Fremdkörper in der Landschaft erscheint. Durch die umlaufenden Heckenpflanzungen wird neben neuem Lebensraum auch ein Sichtschutz geschaffen. Dabei ist die angenommene Wachstumszeit von etwa 10 Jahren zumutbar, zumal die Heckenpflanzungen auch dauerhaft auf der Fläche verbleiben.</p> <p>Die Maßnahme M2 dient vorrangig dem Ausgleich von Eingriffen in das Schutzgut Boden. Diesem Ziel wird die Maßnahme gerecht, ungeachtet der Tatsache, dass sie auf der Betriebsfläche erfolgt (womit sogar ein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang i. S. v. § 200a S. 2 BauGB gegeben ist).</p>
---	--

Anlage 1: Abwägung Stand: 04.09.2023, 1.2 Abwägung Öffentlichkeit

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

		<p>Zudem wird durch die Höhenbegrenzung der einzelnen Solarmodule auf sichergestellt, dass Sichtbeziehungen reduziert werden (vgl. die textliche Festsetzung Nr. 3.2).</p> <p>Im Übrigen haben die Intensivackerflächen im Geltungsbereich bisher keine Naherholungsfunktion übernommen. Alle anderen Flächen im Geltungsbereich sind nicht für eine Bebauung mit Solarmodulen vorgesehen und bleiben in ihrem derzeitigen Bestand erhalten, womit sie auch weiterhin ihre bisherige Naherholungsfunktion behalten.</p>
<p>Ö3</p>		
	<p>Stellungnahme 11.03.2023</p> <p>Die aktuellen Planungen zum Solarpark Halenbeck- Rohlsdorf Bebauungsplan Nr. 4 sind in sich recht widersprüchlich:</p> <p>Gegenüber den Naturschutzverbänden wird auf Seite 40 noch von 4 Kompensationsmaßnahmen ausgegangen. Sind diese nach den Planänderungen im Bereich Freiraum noch vorhanden?</p> <p>Auf Seite 52 wird von Zugänglichkeit für Personen und Durchgang von Großwild gesprochen, da das riesige Projekt lediglich durch Hecken abgegrenzt wird.</p>	<p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Zunächst ist unklar, auf welches Dokument sich die Seitenzahl bezieht. Im Umweltbericht sind die Maßnahmen M3 und M4 nicht mehr enthalten und auch in den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht mehr vorgesehen. Hinweis: Die vier Vermeidungsmaßnahmen V1 bis V4 besitzen weiterhin Gültigkeit.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt. Zunächst ist unklar, auf welches Dokument sich die Seitenzahl bezieht.</p> <p>Die Gemeinde geht davon aus, dass sich der Hinweis auf die Zaunanlage beziehen soll. Bei dem geplanten Vorhaben soll modellhaft eine dichte Heckenpflanzung anstelle einer umlaufenden konventionellen Zaunanlage erprobt werden. Unter anderem soll mit dem Versuch auch auf eine verbesserte Durchgängigkeit für Klein- und Großsäuger abgezielt werden.</p> <p>Die Möglichkeit, einen Zaun zu errichten, soll die Sicherung der technischen Anlage unabhängig von der Entwicklung der geplanten Heckenpflanzung gewährleisten.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Auf Seite 59 und 65 spricht die Planerin den Bürgern für die 300 Hektar ein Betretungsrecht ab, da das Solarunternehmen ein gewerblicher Betrieb ist. Diese Darstellung ist natürlich falsch und wird auch vom Investor auf der Vorstellungsveranstaltung dahingehend korrigiert. Für Gewerbebetriebe besteht grundsätzlich keine „Zaunpflicht“. Die Hallen des Baufachzentrum in Falkenhagen fielen einem Brandanschlag auf umzäunten Gelände zum Opfer. Andere Firmen in dem Gewerbegebiet verzichteten auf einen Zaun und machen sich nicht strafbar.</p> <p>Der § 44 im Brandenburgischen Naturschutzgesetz und § 18 im Landeswaldgesetz haben dagegen auch in der entlegenen Prignitz uneingeschränkte Gültigkeit! Dies müssen auch kommunale Entscheidungsträger zur Kenntnis nehmen!</p>	<p>Der Einwand wird zur Kenntnis genommen. Zunächst ist unklar, auf welches Dokument sich die Seitenzahl bezieht. Bei dem geplanten Vorhaben soll modellhaft eine dichte Heckenpflanzung anstelle einer umlaufenden konventionellen Zaunanlage erprobt werden. Unter anderem soll mit dem Versuch auch auf eine verbesserte Durchgängigkeit für Klein- und Großsäuger abgezielt werden.</p> <p>Die zusätzliche Möglichkeit, einen Zaun zu errichten, soll die Sicherung der technischen Anlage unabhängig von der Entwicklung der geplanten Heckenpflanzung gewährleisten.</p> <p>Der Einwand wird zur Kenntnis genommen. Zunächst ist auf die fehlerhafte Rechtsquelle aufmerksam zu machen, die bereits am 01. Juni 2013 außer Kraft getreten ist. Die aktuelle Rechtsgrundlage ist § 22 Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3], S., ber. GVBl.I/13 [Nr. 21]) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl.I/20, [Nr. 28]).</p> <p>§ 44 BbgNatSchG wurde durch § 22 BbgNatSchAG ersetzt. Nach § 22 Abs. 1 BbgNatSchG darf in der freien Landschaft jede Person private Wege und Pfade, Feldraine, Heide-, Öd- und Brachflächen sowie landwirtschaftliche Nutzflächen außerhalb der Nutzzeit zum Zwecke der Erholung auf eigene Gefahr betreten oder mit Krankenfahrstühlen befahren, auf Wegen Rad fahren und Fahrräder mit Treithilfe und einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 25 km/h benutzen sowie auf Wegen, die von zwei- oder mehrspurigen Fahrzeugen befahren werden können, reiten oder mit bespannten Fahrzeugen fahren. Die freie Landschaft erfasst dabei auch Flächen, für die bereits ein Bebauungsplan besteht, allerdings nur solange, bis die entsprechenden Grundstücke tatsächlich bebaut werden (<i>Gellermann</i>, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, § 59 BNatSchG, Rn. 5). Zudem sind nach § 22 Abs. 1 Satz 5 BbgNatSchAG Flächen, die einem gewerblichen Be-</p>
--	---

Anlage 1: Abwägung Stand: 04.09.2023, 1.2 Abwägung Öffentlichkeit

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>Gerade der gern besuchte „Lindenberg“ bei Halenbeck wird ebenfalls zu einer nicht mehr zugänglichen Waldinsel und verliert den Naherholungswert.</p> <p>Auf Seite 75 kommt überraschend die mögliche Errichtung eines SICHERHEITSAUNES für das gesamte Solarprojekt in die Planung. Also 2 Meter hoch plus Übersteigsicherung 0,5 Meter. Es geht nicht mehr um einen Wildzaun! Der Investor selbst, der sich ständig gegen einen Zaun ausgesprochen hat, begründet dies mit dem Gesetz zum Schutz kritischer Infrastruktur. Schwellenwert ist hier immer der Bedarf von 500 000 Einwohnern. Das sind im Strombereich 104 MW installierte Leistung oder 908 Gigawattstunden im Jahr. Im Heizölbereich wären es 620 000 Tonnen. In der letzten Verordnung 2022 geht es eher um Schutz der Netzwerke vor Hackerangriffen in Behörden und im öffentlichen Sektor. Dagegen helfen aber keine Sicherheitszäune. Eine ähnlich hohe Stromproduktion hat auch der Windpark Halenbeck. Auch der ist nicht umzäunt, obwohl ein Angriff auf eine Windkraftanlage (siehe Nordstream 1 und 2) durchaus denkbar wäre. Wie sollte denn ein Angriff auf viele tausende Solarmodule aussehen? Es ist einfach absurd und die neue Planung sieht eine Produktion in 5 teilweise räumlich abgegrenzten Sektoren vor. Nicht ein Sektor erreicht die Leistung von 104 MW. Erst die zentrale Sammelstelle des Solarkraftwerkes wird zwingend einer Umzäunung bedürfen. Das ist richtig. Es gibt keine neue Ursache für eine ganzheitliche Absperrung.</p> <p>Hier erwarte ich eine bekennende Stellungnahme des Investors zu seinen getroffenen Zusagen.</p> <p>In den persönlichen Stellungnahmen ist die Rede von der finanziellen Beteiligung der Gemeinde nach</p>	<p>trieb dienen, von dem Betretungsrecht ausgenommen. Eine Freiflächen-Photovoltaikanlage stellt einen gewerblichen Betrieb dar.</p> <p>§ 18 des LWaldG meint Waldflächen i. S. d. § 2 Abs. 1 LWaldG. Solche Waldflächen sind von dem Planvorhaben nicht betroffen. Eine Waldumwandlung ist nicht vorgesehen. Eine entsprechende Berücksichtigung dieser Vorschriften entfällt daher.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt.</p> <p>Der „Lindenberg“ ist umgeben von Intensivackerflächen. Die Intensivackerflächen haben im Geltungsbereich bisher keine Naherholungsfunktion übernommen. Alle anderen Flächen im Geltungsbereich sind nicht für eine Bebauung mit Solarmodulen vorgesehen und bleiben in ihrem derzeitigen Bestand erhalten, womit sie auch weiterhin ihre bisherige Naherholungsfunktion behalten.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei dem geplanten Vorhaben soll modellhaft eine dichte Heckenpflanzung anstelle einer umlaufenden konventionellen Zaunanlage erprobt werden. Unter anderem soll mit dem Versuch auch auf eine verbesserte Durchgängigkeit für Klein- und Großsäuger abgezielt werden. Die zusätzliche Möglichkeit, einen Zaun zu errichten, soll die Sicherung der technischen Anlage unabhängig von der Entwicklung der geplanten Heckenpflanzung gewährleisten. Eine Sicherung kann notwendig werden, um Vandalismus u. ä. vorzubeugen. Auch aus brandschutztechnischen Vorgaben kann sich unter Umständen im späteren Baugenehmigungsverfahren die Notwendigkeit ergeben, einen Sicherheitszaun zu errichten. Nach dem Wunsch der Gemeinde wird die Höhe des Zaunes nicht festgesetzt, da es sich in Abstimmung mit dem Vorhabenträger bei dem geplanten Zaun nicht um einen Sicherheitszaun mit Übersteigschutz handelt.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt.</p>
---	--

Anlage 1: Abwägung Stand: 04.09.2023, 1.2 Abwägung Öffentlichkeit

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 13.02.2023 bis 17.03.2023

<p>EEG Gesetz § 6. Dieses Gesetz bezieht sich auf geförderte Solaranlagen. Der Investor plant ein förderfreies Solarkraftwerk und kann die versprochenen 400 000 Euro für die Gemeinde nicht an den Netzbetreiber durchreichen. Dieser hohe Betrag muss in die Finanzbilanz des Unternehmens eingerechnet werden.</p> <p>Bei entsprechenden Verträgen vor Baugenehmigung, die auch nach EEG - Gesetz durchaus erwünscht sind, beträgt die jährliche Forderung der Gemeinde 400 000 Euro bei einer Zeichnungssumme der Solargesellschaft von lediglich 50 000 Euro. Dies ist natürlich ungünstig und es sind Notarverträge mit Rückforderung der Gemeinde bis ins private Vermögen des Investors notwendig.</p> <p>Abschließend noch ein Wort in eigener Sache: Die Planerin verweist als Einwohnerbeteiligung wiederholt auf die Aktion Dorfdialog. Im Dorfdialog wurde von der Arbeitsgruppe Solar und Stausee ein Entscheidungskatalog für eine Solarabstimmung unter den Einwohnern erarbeitet.</p> <p>Dieser Arbeitsgruppe gehörten auch Gemeinderatsmitglieder an. Auf der folgenden Sitzung des Gemeinderates wurde dieses Papier ohne jegliche Begründung abgewiesen. Es kam zum Eklat. Arbeitsgruppen lösten sich auf oder zogen ihre Arbeitsergebnisse zurück. Zum Thema Solar gab es in der Gemeinde Informationsveranstaltungen. Es gab keine aktive Bürgerbeteiligung. Der Schaden, der im demokratischen Verständnis der Einwohner angerichtet wurde, lässt sich nicht in Euro ausdrücken.</p> <p>Als Mitglied der ehemaligen Arbeitsgruppe Solar verwahre ich mich gegen eine Vereinnahmung durch die Planerin!</p>	<p>Ob eine finanzielle Beteiligung nach § 6 EEG gezahlt wird, ist nicht Bestandteil der Bauleitplanung. Ein Anspruch auf eine finanzielle Beteiligung besteht nicht.</p> <p>Dem Einwand wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Gemeinderatsmitglieder werden per Wahl demokratisch legitimiert (vgl. § 27 BbgKVerf). Nach § 30 Abs. 1 der BbgKVerf üben die Gemeindevertreter ihr Amt nach ihrer freien, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung im Rahmen des geltenden Rechts aus. Sie sind an Aufträge nicht gebunden.</p> <p>Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass der Dorfdialog in den hier vorliegenden Planungen keine Erwähnung findet.</p> <p>Nach § 14 BbgKVerf können Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, beantragen, dass die Gemeindevertretung über eine bestimmte Angelegenheit der Gemeinde berät und entscheidet (Einwohnerantrag). Ein Anspruch auf Annahme des Antrags, wie bspw. eines Entscheidungskataloges, besteht aber nicht.</p> <p>Darüber hinaus bestand im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und 2 BauGB die Möglichkeit, Einwendungen gegen das Planvorhaben geltend zu machen, sodass eine ausreichende Sicherung des rechtlichen Gehörs besteht.</p>
---	--